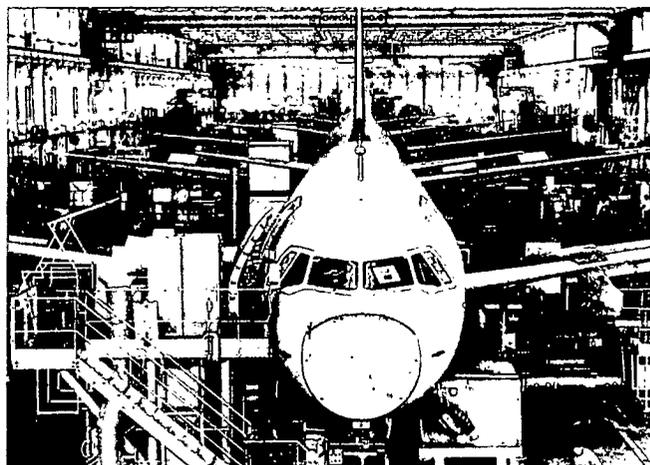


Aus für Airbus-Montage in Hamburg

Die deutschen Pläne, die Endmontage des kleinen Airbus A 320 von Toulouse nach Hamburg zu verlagern, sind gescheitert. Kanzler Helmut Kohl ist es nicht gelungen, Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand von seinem Nein abzubringen. Bonn, auf Frieden mit den Franzosen bedacht, hatte allerdings die Idee, den Airbus-Standort Hamburg aufzuwerten, von Anfang an nur mit verhaltener Begeisterung verfolgt. Auch die Manager des Daimler-Benz-

Konzerns, in deren Reich demnächst die deutsche Airbus-Produktion fällt, hielten sich zurück. Sie billigen zwar das Argument, daß die Endmontage des jüngsten Airbus-Modells in Hamburg helfe, Kosten zu sparen. Doch die Daimler-Experten sehen bei einer Verlagerung der Endmontage große praktische Schwierigkeiten: Bei einem so aufwendigen technischen Produkt wie einem Flugzeug werfe eine Standortveränderung erhebliche Startprobleme auf.



Airbus-Montage in Toulouse

Daimler/MBB: Noch eine Ministergenehmigung?

Das von den Ministerpräsidenten der norddeutschen Bundesländer favorisierte Konsortium, das die zum Verkauf stehenden Bereiche Marinetchnik von MBB und der Daimler-Benz-Tochter AEG übernehmen soll, stößt auf erhebliche kartellrechtliche Probleme. Schon vor den Einigungsverhandlungen Mitte vergangener Woche hatte das Bundeskartellamt den Beteiligten signalisiert, es werde voraussichtlich den Zusammenschluß untersagen. Geplant ist ein Unternehmen Systemtechnik Nord, an dem sich Krupp mit 35 Prozent, die Werft Bremer Vulkan und der Salzgitter-Konzern mit je 30 Prozent sowie zwei kleinere Werften mit zusammen 5 Prozent beteiligen. Es

soll die Sparten Marinetchnik von AEG und MBB übernehmen. Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann hatte den Verkauf dieser Unternehmensteile bei seiner Sondergenehmigung im Fusionsfall Daimler/MBB zur Bedingung gemacht. Jetzt fürchtet das Kartellamt, durch das geplante Verbundunternehmen, in das auch die Elektronikfirma Krupp Atlas eingebracht werden soll, entstünde eine marktbeherrschende Stellung vor allem bei der Ausrüstung von Kriegsschiffen. Um die Großfusion Daimler/MBB nicht zu gefährden, müßte Haussmann eine weitere Ministererlaubnis geben und damit das Kartellamt überstimmen.

Frauen-Expertin für Wolfsburg

Dem VW-Konzern steht eine Frauenbeauftragte ins Haus. Ohne große Widerstände setzte Personalchef Martin Posth die Einstellung der Politologin Dr. Gabriele Steckmeister, 36, durch. Anders als bei der



Gabriele Steckmeister



Hesselbach, Lappas, Freyberg

Staatsanwaltschaft wurde fündig

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft ist bei der Durchsuchung von Geschäftsräumen der Gewerkschaftsholding BGAG in Sachen co-op-Skandal offensichtlich fündig geworden: Gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder Walter Hesselbach und Alfons Lappas sowie BGAG-Vorstand Rolf-Jürgen Freyberg wurden jetzt Ermittlungsverfahren wegen Ver-

stoßes gegen das Aktiengesetz eingeleitet. Die Holding hatte 1985 ihren Anteil von 39 Prozent am Handelsriesen co op verkauft. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt Hesselbach, Lappas und Freyberg, die schlechte Verfassung der co op gekannt und auch gewußt zu haben, daß die co op rechtswidrig das Aktienpaket übernahm. Der Verdacht ist offenbar so gut begründet, daß fest mit einer Anklageerhebung im kommenden Jahr gerechnet wird.

Prozeß gegen Hintermänner?

Der an diesem Mittwoch in Braunschweig beginnende Prozeß gegen die Devisenhändler Joachim Schmidt und Burkhard Junger bleibt wohl nicht das letzte Verfahren um den VW-Devisenskandal von 1987. In Frankfurt prüft die Staatsanwaltschaft Unterlagen aus Niedersachsen; dort haben die Staatsanwälte erhebliche Verdachtsmomente gegen eine Reihe Frankfurter Devisenhändler zusammengetragen. Die Strafverfolger glauben, daß Schmidt und Junger, die dem VW-Konzern einen Schaden von mindestens 385 Millionen Mark zugefügt hatten, Teil eines großen Devisenhändlerings waren. Sollte sich der Verdacht erhärten, würde es in Frankfurt zu weiteren Prozessen kommen.

Ablehnung der Unternehmensberaterin Gertrud Höhler, die nach dem Willen von Konzernchef Carl Hahn als „Impulsgeberin“ tätig werden sollte, gab es um die bisherige Frauenbeauftragte der Stuttgarter Stadtverwaltung bislang keine Auseinandersetzungen. Ob der Betriebsfrieden anhält, ist fraglich. In Stuttgart jedenfalls löst Gabriele Steckmeisters Weggang kaum Bedauern aus. Dort gilt die Politologin als wenig effiziente Selbstdarstellerin. Mit der CDU liegt sie schon seit längerem im Streit. Vergangenen September forderten selbst SPD und Grüne den Rücktritt der eigenwilligen Frauenexpertin.